

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Carl Auer, Leipzig, Postfach 101. Druck: Carl Auer, Leipzig, Postfach 101. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 40 Pf. pro Monat. Postamt Leipzig, No. 101. Telephon: 101. Telegramm: Auer Leipzig.

Verleger: Carl Auer, Leipzig, Postfach 101. Druck: Carl Auer, Leipzig, Postfach 101. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Monat. Ausland: 40 Pf. pro Monat. Postamt Leipzig, No. 101. Telephon: 101. Telegramm: Auer Leipzig.

Nr. 282

Dienstag, den 5. Dezember 1922

17. Jahrgang

Das Chaos der Reparationsfrage.

„Das Chaos“ schreibt in einem Leitartikel: Der nicht endende Streit über die Reparationen habe in Europa einen dauerhaften Zustand geschaffen, das die öffentliche Meinung jetzt ernstlich an der Gerechtigkeit über dem Willen der meisten augenblicklich regierenden Staatsmänner zweifelt, diese Frage zu lösen. Französische Bonaparte würden die Welt und die französischen Finanzen nicht wieder herstellen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach dazu führen, daß Deutschland auf den Standpunkt der wirtschaftlichen Unfähigkeit Oesterreichs gebracht oder dem russischen Bolschewismus in die Arme getrieben werde.

Der französisch-belgische Reparationsplan für London. Die „Times“ berichtet aus Brüssel, Frankreich und Belgien seien übereinstimmend der Ansicht, daß auf der bevorstehenden Konferenz eine Lösung des Reparationsproblems auf folgender Grundlage gefunden werden müsse: Es sei eine ausländische Anleihe abzuschließen, von der Frankreich den Betrag seiner Reparationen erhalte, und Belgien den Teil, auf den es kraft seines Prioritätsrechtes Anspruch habe. Wenn diese Lösung nicht angenommen werde, so werde Frankreich seine Handlungsfreiheit in Anspruch nehmen und Pfänder ergreifen, insbesondere das Ruhrgebiet besetzen. In diesem Falle würde für Belgien die Frage entstehen, ob es an einer Besetzung teilnehmen solle oder nicht.

Bedeutende Besprechungen in Brüssel. Reichskanzler Ciano hat am Sonntag die Besprechungen mit dem englischen und dem italienischen Vizekanzler fortgesetzt. Den Besprechungen waren am Freitag solche mit einem amerikanischen Sachverständigen und einem englischen Rechtsgelehrten vorausgegangen. Es wird ihnen in politischen Kreisen größte Bedeutung beigelegt. Sie sollen u. a. auch der Rheinlandfrage gelten.

Unentwegt für Deutschland.

Die Vereinigte sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Deutsche demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei in Köln erlassen einen Aufruf, in dem sie gegen die Rheinlandpläne Frankreichs protestieren. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die politischen Parteien des Rheinlandes in den letzten Jahren wiederholt klar und unabweislich ihre unerschütterliche Willensmeinung, treu und uneingeschränkt auf deutschen Vaterland festzuhalten, öffentlich zum Ausdruck gebracht haben. Hinsichtlich der neuen Pariser Meldungen, die auf eine weitere Verschärfung des besetzten Rheinlandes und Ausdehnung der Besetzung auf das Ruhrgebiet hinauslaufen, erneuern die Parteien das Bekenntnis der Jugendlichkeit zum Deutschen Reich und heben hervor, daß von den Franzosen nicht bewiesen werden könne, daß Deutschland sich seinen Wiederherstellungsversuchungen absichtlich entziele. Die Parteien protestieren ferner gegen jeglichen Eingriff in die deutsche Rechtsprechung und die deutsche Verwaltung und berufen sich auf das von den Gegnern im Weltkrieg so oft proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Reich und der Rhein seien untrennbar miteinander kulturell, historisch und wirtschaftlich verbunden.

Die erhöhten Getreidepreise.

Am 4. Dezember trat eine Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidepreise für das von ihr für die Marktvorratserhaltung gelieferte Getreide und Mehl auf etwa das dreifache der bisherigen Preise ein. Die Tonne Roggen wird von diesem Zeitpunkt ab für 90 000 Mark, die Tonne Weizen für 98 000 Mark, der Doppelpentner zu 85 Prozent ausgewaschenen Roggenmehl für 18 000 Mark, der Weizenmehl gleicher Ausmahlung für 14 000 Mark abgegeben. Weiterhin bemerkt hierzu das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Bei Festsetzung der augenblicklichen Abgabepreise wurde sich am Ende des Wirtschaftsjahres ein sehr großer Mangel der Reichsgetreidevorräte ergeben haben. Die Getreidevorräte des von der Reichsgetreidebehörde abgegebenen Getreides und Mehls reichten sich etwa je zur Hälfte aus den Vorräten für Auslandsgetreide und denen für Anlagensgetreide zusammen. Während die durchschnittlichen Preise für Auslandsgetreide im September, zur Zeit der Vorbereitungen der Ende Oktober eingetretenen Heranzugung der Abgabepreise noch rund 58 000 Mark für Roggen, 68 000 Mark für Weizen betragen, waren sie im Oktober auf 128 000 und 156 000 Mark gestiegen und belaufen sich im Durchschnitt der ersten 24 Wochen des Jahres auf 224 000 Mark für Roggen und 205 000 Mark für Weizen. Die Belgien

musste im November zeitweilig über 400 000 Mark bezahlt werden. Neben dieser außerordentlichen Steigerung spielt die Erhöhung des Preises für das Anlagensgetreide, die Ende Oktober festgesetzt worden ist, eine nebenwärtige Rolle. Die bisherigen Abgabepreise des Reichsgetreides konnten daher nicht aufrechterhalten werden; es mußte vielmehr eine Verdreifung zu Anfang Dezember vorgenommen werden, die vom Reichskabinett in der Sitzung vom 2. November beschlossen worden ist.

Deutscher Reichstag.

Die neue Geschäftsordnung. In seiner gestrigen Sitzung setzte das Haus die Beratung des Entwurfes seiner neuen Geschäftsordnung fort. Alle Bestimmungen dazu sind nunmehr der bedenklich schwachen Befassung des Hauses vorläufig auf. Paragraph 87 will die Redezeit allgemein auf ¼ Stunden für den einzelnen Abgeordneten beschränken. Die Deutsche Volkspartei und die Demokraten beantragen, die Höchstdauer auf ½ Stunde, die Sozialdemokraten auf 1 Stunde zu bemessen. Die Deutschnationalen wollen die Redezeit grundsätzlich unbeschränkt lassen mit Ausnahme besonderer Beschränkungen durch Beschluß des Hauses. Dann sprach man zum Abschluß Ordnungsbestimmungen. Paragraph 91 bestimmt, daß bei größlicher Verletzung der Ordnung ein Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden kann. Es hat den Saal sofort zu verlassen. Wird der betreffende Auforderung des Präsidenten keine Folge geleistet, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben. In diesem Fall zieht sich der Abgeordnete ohne weiteres den Ausschluß für die folgenden 8 Sitzungstage zu. Bei wiederholter Verletzung der Ordnung von 20 Sitzungstagen, ebenso von den Ausschüssen. Die Deutschnationalen beantragten, einen Paragraphen einzuschalten, wonach eine Parlamentswoche eingerichtet wird, die zur Verfügung des Präsidenten steht und in der die Ausschüsse beschließen dürfen einen Antrag auf Einberufung des § 91.

Das Verhalten des Reichswesirs.

Der Untersuchungskommission des Reichstages trat gestern zur Prüfung der gegen die Reichswesir erhobenen Vorwürfe zu einer Sitzung zusammen. Bei den Fällen, die zur Erörterung gestellt wurden, kam der Ausschluß zu dem Ergebnis, daß das Verhalten des Reichswesirs über die Art, wie er Ungehörigkeiten gegenüber Abgeordnete geschaffen habe, zu Beanstandungen keine Veranlassung biete. Es handelte sich u. a. um die bekannten Fälle in Regensburg, Passau, München, Potsdam und den Fall des Kapitäns v. Löwenfeld.

Der Scheidemann-Prozess.

Der große Verhandlungstag des Reichsgerichts, in welchem das Verfahren gegen den Kaufmann Duxert und den Landwirt Dellinger wegen des Reichsantrages auf Oberbürgermeister Scheidemann sich abspielt, bietet das gleiche Bild wie bei den früheren Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Auch die Zusammenfassung des Richterkollegiums ist die gleiche, nur daß nicht Senatspräsident Dr. Dagens, sondern der aus dem Kriegsbeschuldigtenprozeß bekannte schneidige Senatspräsident Dr. Schmidt den Vorsitz führt. Unter den Zeugen befindet sich Oberbürgermeister Scheidemann, der auch als Nebenkläger zugelassen ist und als solcher auch Anträge stellen kann. Zunächst wird Kaufmann Duxert vernommen, der sehr sicher und selbstbewußt auftritt und offen und rückhaltlos zugibt, daß er und Dellinger den Plan gefaßt und monatelang erdogen haben, Scheidemann aus der Welt zu schaffen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Fragestellung des Vorsitzenden das Bestreben hindurch, herauszubekommen, ob die Angeklagten Hinterränner gehabt haben. Der Versuch scheitert aber völlig an den wiederholten, mit erhobener Stimme abgegebenen gegenteiligen Beteuerungen des Angeklagten. Ramentlich stellt er jede Beziehung zur D. G. in Abrede. Der Angeklagte Dellinger ist in allen seinen Aussagen weit zurückhaltender und überlegter als Duxert. Auf verschiedene Fragen verweigert er jede Auskunft. Die Staatsprozeß will er von einem bestimmten ungarischer Nationalität erhalten haben, der damit angeblich schon manchen Juden beseitigt hätte. Einem tiefen Eindruck macht es, als der Vorsitzende fragt: „Wer hat Ihnen den Auftrag zu strafen und zu richten gegeben?“, worauf der Angeklagte antwortet: „Gott!“ Hierauf erwiderte der Vorsitzende sichtlich: „Gottes Gebot ist: Du sollst nicht töten!“

Die Mittelsgerichte nach Kassel hat sich Duxert von seinem Gehalt erpart. In Kassel ermittelten sie zunächst Scheidemanns Aufenthalt. Ueber die Tat selbst sagt der Angeklagte, daß sie am Tage der Ausführung zunächst die Wohnung fanden, die Spritze zu vernichten; sie wollten dies im Geheimen vornehmen. Bei dem Wege seien sie Scheidemann mit seiner Tochter, bei die Straßensperre befiel. Es folgten

ihm eine Stunde lang und nahmen dann in einem Hofraum die Spritze aus ihrem Rucksack. Im Vorübergehen sprach er einmal kurz nach dem Kopf Scheidemanns. Nach der Tat floh er planlos. Er hörte noch zwei Schüsse. Der Vorsitzende bringt weiter in den Angeklagten, um zu erfahren, was die Spritze und die geliebten Rollen 20 000 Mark summen, von denen der Angeklagte nicht wissen will. Die Frage nach der Zugehörigkeit Dellingers zur D. G. beantwortet Duxert; er ist sicher, daß er mit Dellinger die Tat nicht beabsichtigt und ausgeführt habe. Die Tat sei nur ein Zufall auf seine Veranlassung über, daß die Revolution hochverrat sei.

Dann wird der Angeklagte Dellinger vernommen. Er bekräftigt im allgemeinen die Aussagen Duxerts und erzählt den Vorgang der Tat. Er selbst habe einen Rucksack dabei mitgeführt und sich in die Menge gemischt.

Die Nachmittagsberatung war der Beratung des Jüngeren und Sachverständigen gewidmet. Oberbürgermeister Scheidemann entwarf, ebenso wie seine Tochter Julie, ein dramatisch bewegtes Bild von dem Ueberfall und trat dabei der Behauptung entgegen, daß er blindlings in die am Tatort verarmte Menge hineingefallen habe.

Der Sachverständige, Geh. Regierungsrat Dr. Heine mann aus Kassel, behauptete nach längeren wissenschaftlichen Ausführungen, daß das Quantum Blutspure, welches die Summspritze enthielt, unbedingt tödlich wirken würde, wenn nicht besondere Umstände die Wirkung abgeschwächt hätten. Die Verhandlungen werden Dienstag 9 Uhr fortgesetzt werden.

Zur Wirtschaftslage.

In der Politik geht es wieder einmal wild her. Die Deutschnationale Bewegung in Berlin, die Wirtschaftskrise in London; in wirrem Strudel laufen Anleihen und Empfehlungen durcheinander. Begreiflicherweise kann dabei das Wirtschaftswesen nicht zur Ruhe und Erholung kommen. Die allgemeine Unsicherheit unterbricht jede geschäftliche Geschäftsmöglichkeit. Dementsprechend leidet in gleichem Maße die private Unternehmungslust wie die öffentliche Finanzwirtschaft. Der vielbesagte Ausfall durch das Ausland dauert fort. Rohstoffe, Metalle, Kautschuk und Textilien, wofür die Exporte jeder Art gehen Tag für Tag in fremde Hände über. Als Entgelt strömen Marknoten massenhaft in die Heimat und vermehren das Inflationselement, welches die Lebensmittelproduktion der Notwendigkeit erzwingt. Am Devisenmarkt spiegeln sich diese Verhältnisse wieder, und die Wechselkurse über alle Maßstäbe ihre Wirkung auf Warenpreise und Löhne. Jede Steigerung des Dollars macht sich sofort geltend, gelegentliche Abschwüchungen der Devisen bleiben aber unbedeutend und einflusslos. So bekommen wir immer wieder die schämme Seite zu fühlen, wir werden abgeholt und zur Erschöpfung getrieben, unfähig, den Ausländern hier und draußen Widerstand zu leisten.

Der Devisenmarkt hat der Höhe zum Uebermaß keine Sorgen gemacht. Nur eine Berliner Metallfirma kam wegen Beilegung ihres großen Silberbestandes vorübergehend in Schwierigkeiten. Dagegen dauert in der Industrie und im Warenhandel der große Geldbedarf unvermindert an. Die bedeutenden Wechselkonten der Reichsbank lassen in dieser Beziehung an Deutlichkeit nichts zu wünschen, so daß von zuständiger Seite auf die Möglichkeit einer weiteren Diskontenerhöhung vor Jahresfrist hingewiesen wird. Verschiedene größere Kommunen suchen Geld im Ausland zu borgen; die Reichshauptstadt verhandelt mit dänischen Geldgebern wegen einer Anleihe von 800 Millionen Mark. Das Publikum wird der bevorstehenden Aenderung des Zwangsanleihegesetzes Aufmerksamkeit widmen müssen. Ingleich mit einer bedeutenden Heraushebung der Kohlenpreise erfolgen Tarifserhöhungen für Gas und Elektrizität. Ebenso steigen die Gebühren für Post, Telegraph, Fernsprecher, die Eisenbahntarife für Personen- und Güterverkehr. Damit ist die Grundlage für eine neue scharfe Leuerungswelle gegeben, eine unwillkommene Erscheinung zum nahen Weihnachtsest.

Rettet Deutschland!

Ein amerikanisches Stimms der Bernunft. Erfreulicherweise mehren sich in letzter Zeit die Stimmen in Amerika, die eine Rettung Deutschlands vor dem endgültigen Zusammenbruch als ein Erfordernis der Bernunft hinstellen.

In der „Cedar Rapids Gazette“, einem Blatte des heartischen „International News Service“, ist unter dem Ueberbchrift „Save Germany“ zu lesen: „Sind wir nun an dem Punkt angelangt, daß es sich als die Waise, die es kürzlich noch für das Beste hielten, daß Deutschland gänzlich von der Hantharte hinweggelassen werden müßte, für die Rettung Deutschlands verantwortlich zu machen? Die deutsche Regierung ist sehr befragt um die Rettung Oesterreichs gewesen und Deutschland ist nicht ohne starke Freunde unter den führenden Staatsmännern dieses Landes (Amerika) und „England.“ Deutschland ist auf dem Wege des gleichen Schicksals wie Jugland. Sein Anarchie Zusammenbruch würde zwar einigen kleineren Industrien zugute kommen, aber im großen und ganzen um das von einem westlichen Markt abschneiden. England würde das auch zu seinen Besten, und schließlich würde Deutschland bei einer Forderung gegen Deutschland doch einbüßen, daß in je-